

aktuell



Euro-Gipfel
Schulterschluss
für eine
starke Währung

Die zweifache Nobelpreisträgerin Marie Curie sagte einmal: „Ich beschäftige mich nicht mit dem, was getan worden ist. Mich interessiert, was getan werden muss.“ In diesem Sinne setzt die SPÖ-geführte Bundesregierung nachhaltige Maßnahmen für die Zukunft, getreu dem Leitsatz „agieren statt reagieren.“ Aber auch für die Regierungschefs Europas stand beim Euro-Gipfel fest: Es muss etwas getan werden, um das Zukunftprojekt Europa und den Euro nachhaltig abzusichern. Das Ergebnis: Konkrete Maßnahmen und Projekte zur Rettung Griechenlands und zur Stabilisierung des Euro. S. 4

Klar ist, dass auch im Bereich der Bildung noch mehr getan werden muss, damit Österreichs Kindergärten, Schulen und Universitäten in Zukunft zu den besten Europas gehören. Daher unterstützt die Sozialdemokratie das „Volksbegehren Bildungsinitiative“. S. 6
In Sachen Arbeitsmarkt ist Österreich Europameister. Doch für Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest, auch hier kann und muss noch mehr getan werden. Darum legt der Minister ab Herbst einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Jugendlichen und Frauen. S. 7

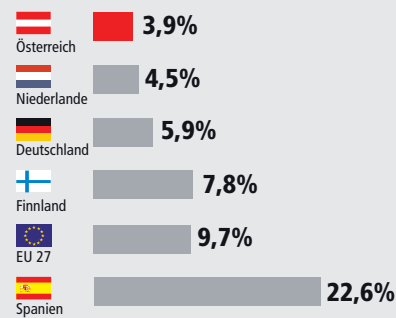
Eure Redaktion



Die außenpolitische Sprecherin der SPÖ Christine Muttonen war als offizielle Wahlbeobachterin in Tunesien. In ihrem Österreich 2020-Gastkommentar schildert sie ihre Eindrücke von den ersten demokratischen Urnengängen im Arabischen Frühling Seite 14

SPLITTER

Europameister im Kampf gegen Arbeitslosigkeit



Die beste Arbeitsmarktpolitik Europas

Die aktuellen Eurostat-Daten zeigen erneut, dass die SPÖ-geführte Bundesregierung die richtigen Maßnahmen gesetzt hat. Mit 3,9 Prozent Arbeitslosenquote liegt Österreich fast 6 Prozent unter dem EU-Schnitt von 9,7 Prozent. Sozialminister Rudolf Hundstorfer wird diesen erfolgreichen Weg weitergehen und neue Maßnahmen für Aus- und Weiterbildung setzen. Siehe dazu Seite 7. ♦

Zitat der Woche

„China setzt in den kommenden Jahren schwerpunktmäßig auf Energie-, Umwelt- und Verkehrstechnologien. Und österreichische Unternehmen können hierfür das Know-how und die nötige Technologie liefern.“

**Technologieministerin
Doris Bures**



Rigaud

**Ministerin
Doris Bures
setzt sich
für Frauen-
förderung im
Forschungs-
bereich ein.**

Forschungspraktika für Studentinnen

Ab sofort können Studentinnen technischer und naturwissenschaftlicher Fächer ein vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie gefördertes Praktikum in Forschungsunternehmen und -institutionen absolvieren, samt Sozialversicherung und mindestens 1.400 Euro Bruttolohn. Ermöglicht hat dies Infrastrukturministerin Doris Bures, die mehr Frauen in die Forschung bringen will. „Der Forschungs- und Technologiebereich ist in Österreich traditionell männerdominiert. Nur 22 Prozent der dort Beschäftigten sind Frauen. Mein Ministerium setzt deshalb seit Jahren auf spezifische Frauenförderprogramme. Mit den Praktika für Studentinnen soll der Frauenanteil in der Forschung kontinuierlich angehoben werden“, sagt die Ministerin. Informationen gibt es unter der Praktika-Hotline 05 7755 2222. ♦

WERNER FAYMANN AUF FACEBOOK



Dein direkter
Kontakt zum
Bundeskanzler!
**jetzt
vernetzen!**

facebook.com/
bundeskanzlerfaymann



Wehrpflicht

Pilotprojekte durch Regierungsprogramm gedeckt

Ab 2012 starten die von Verteidigungsminister Norbert Darabos initiierten Pilotprojekte zur Bundesheer-Reform. Sie setzen um, was im Regierungsprogramm festgeschrieben steht.

Sowohl die Reduktion der Systemerhalter, als auch die Professionalisierung der Miliz und die verstärkte Spezialisierung der Soldatinnen und Soldaten sind im Regierungsprogramm als Ziele festgehalten. „Die geplanten Pilotprojekte setzen also eins zu eins um, was beide Regierungsparteien gemeinsam vereinbart haben“, sagt SPÖ-Wehrsprecher Stefan Prähauser.

Positives Feedback

Aus der Truppe kommen durchwegs positive Rückmeldungen auf die geplanten Projekte: „Die Pilotprojekte kommen sehr gut an. Viele Verbände wollen ununbedingt teilnehmen“, so Prähauser. ♦

**Im Regierungsprogramm vereinbart:
Weniger Systemerhalter, stärkere Miliz, mehr
Professionalität.**



BMLVS/Lechner



Bildungsvolksbegehren: Jede Unterschrift zählt!

Für das Zukunftsthema Bildung kann es gar nicht genug Unterstützung geben.

Daher gilt: Geh hin und unterschreib das Bildungsvolksbegehren!

Denn: „Österreich darf nicht sitzen bleiben“

Wann: Vom 3. bis zum 10. November 2011

Wo: In deinem Gemeindeamt

Wichtig: Personalausweis nicht vergessen!

Alle Infos unter www.vbbi.at oder
bei der Gratis-Info-Hotline 0800 204 400.



EURO-GIPFEL

Gemeinsam und entschlossen

Auf dem Gipfel der 17 Staats- und Regierungschefs der Eurozone wurden wichtige Maßnahmen beschlossen, um den Euro zu stabilisieren, eine Rezession zu verhindern und somit auch heimische Arbeitsplätze zu sichern.



Zinner

„Europa reagiert mit entschlossenen und gemeinsamen Antworten auf die Krise und auf Angriffe durch Spekulanten.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Gemeinsam, entschlossen und solidarisch – auf diese Weise haben die 17 Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder ein Paket zur Stabilisierung unserer Währung ausverhandelt.

HINTERGRUND

3 Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone:

1. EFSF-Hebelung

Der Euro-Rettungsschirm EFSF kann 440 Mrd. Euro vergeben. Der Hebel, u.a. eine Art „Versicherung“ für Staatsanleihen, verstärkt dessen Effizienz auf 1.000 Mrd. Euro.

2. Banken-Rekapitalisierung

Die großen Banken Europas müssen sich bis zum nächsten Sommer krisenfest machen: Bis dahin muss ihr Eigenkapital auf neun Prozent aufgestockt werden.

3. Schuldenschnitt

Banken und Versicherungen erlassen Griechenland freiwillig die Hälfte ihrer Schulden. Das Land soll so schneller wieder auf eigenen Füßen stehen können.

Das Gesamtpaket für die Stabilisierung der Eurozone sowie zur Griechenland-Hilfe besteht im Wesentlichen aus drei Maßnahmen: einem freiwilligen Verzicht der Banken und anderer Finanzinstitutionen auf Teile der griechischen Schulden, der verpflichtenden Aufstockung des Eigenkapitals der großen Banken und dem sogenannten Hebel für den Euro-Schutzschirm EFSF. Bundeskanzler Werner Faymann sieht in den Beschlüssen des Euro-Gipfels eine wichtige Basis für die Stabilität des Euro und somit auch Österreichs: „Europa reagiert mit entschlossenen und gemeinsamen Antworten auf die Krise und auf Angriffe durch Spekulanten.“ Auch der Delegationsleiter der SPÖ-EU-Abgeordneten, Jörg Leichtfried, wertet die Beschlüsse als „positives Signal“.

Die Maßnahmen im Detail:

» Banken-Rekapitalisierung

Große, systemrelevante Banken müssen ihr Kernkapital bis Ende Juni 2012 auf neun

Prozent aufstocken. Das soll helfen, Verluste ohne öffentliche Hilfe stemmen zu können. Auch drei österreichische Banken sind betroffen. Sollten die Banken nicht aus eigener Kraft imstande sein, sich das nötige Kapital zu besorgen, springen zuerst die Nationalstaaten und in letzter Konsequenz auch der EFSF ein. Im Fall des Falles, dass Österreich helfen muss, sind aus dem Bankenpaket von 2008 noch Ressourcen verfügbar. Es wird aber davon ausgegangen, dass die österreichischen Banken ihr Kapital selbst aufstocken können.

» EFSF-Hebelung

Ein Hebel bewirkt, dass mit dem bestehenden Haftungsrahmen mehr Geld für die Eurozonen-Partnerländer bewegt werden kann. Das wird durch zwei Mechanismen erreicht: Beim ersten Modell wird der Fonds zu einer „Versicherung“ für Staatsanleihen mancher Euro-Länder: Investoren sollen damit geködert werden, dass der Fonds ihnen im Falle von Verlusten etwa 20 Prozent davon abnimmt. Das zweite Modell sind Sondertöpfe zum Kauf von Staatsanleihen, in die auch Staatsfonds und Privatleute investieren können. Durch eine vier- bis fünffache Hebelwirkung könnte das Wirkungsvolumen des derzeit 440 Mrd. Euro schweren Schirms auf eine Billion Euro verbessert werden. Das soll gewährleisten, dass auch im Falle einer Krise größerer Euro-Länder geholfen werden kann. Für den Bundeskanzler „eine wesentliche Verstärkung“ des EFSF, ohne, dass die im Parlament beschlossene Haftungsobergrenze verändert werden muss.

» Schuldenschnitt

Für Griechenland wird es einen Schuldenschnitt in Höhe von 50 Prozent geben. Der

en gegen die Eurokrise

private Sektor, das sind Banken und Versicherungen, verzichtet freiwillig auf die Hälfte seiner Anleiheforderungen, rund 100 Mrd. Euro. „Die Konsequenzen einer Insolvenz hätten zu einer Kettenreaktion für alle Länder und somit auch für Österreich geführt. Daher war es richtig, diesen Schuldenschnitt auf freiwilliger Basis herbeizuführen“, erklärt der Bundeskanzler.

Euro-Rettung in Österreichs Interesse

Die Rettung der Gemeinschaftswährung ist im ureigensten Interesse Österreichs, denn gerade als kleine Nation mit exportorientierter Wirtschaft profitieren wir vom Euro. 500.000 heimische Arbeitsplätze hängen am Export, mehr als die Hälfte der Exporte österreichischer Unternehmen geht in die Eurozone. Ein Austritt aus dem Euro würde die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze massiv gefährden und Österreich in die Isolation führen.

SPÖ setzt sich für Finanztransaktionssteuer ein

Aus Sicht der SPÖ braucht es neben den beschlossenen kurzfristigen Maßnahmen auch grundsätzliche Veränderungen in der EU. Die SPÖ wird sich daher weiterhin mit ihren europäischen Partnern für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer und eine unabhängige europäische Rating-Agentur stark machen. Auch sollen Investmentbanken, die vor allem auf Spekulation setzen, in Zukunft allein für ihr Risiko verantwortlich sein.

Bundeskanzler Werner Faymann bedauert, dass die jüngsten Entwicklungen – der griechische Premier Giorgios Papandreou will das an Einsparungen geknüpfte Hilfspaket einer Volksabstimmung unterziehen – Verunsicherung fördern. „Die Entscheidung des Referendums ist Angelegenheit des griechischen Parlaments. Diese Entscheidung gilt es abzuwarten. Gleichzeitig wird deutlich, wie wichtig es ist, den Schutzschirm für alle Euroländer massiv zu stärken.“ Der Vizepräsident der Sozialdemokraten im Europaparlament Hannes Swoboda kritisiert das Vorgehen Papandreous: Niemand wisse, was bei einem „Nein“ der Griechen passiert. Mit einem etwaigen Ausstieg aus der Eurozone oder gar aus der EU „darf man nicht spielen“. ♦

INTERVIEW

„Finanztransaktionssteuer ab 2014“

Bundeskanzler Werner Faymann spricht im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die Stabilisierung der Eurozone, die Notwendigkeit einer Finanztransaktionssteuer und Maßnahmen, die den Euro retten können.



Jantzen

Bundeskanzler Werner Faymann im Gespräch: „Die Unterschiede zwischen Nord- und Südeuropa müssen angeglichen und die Finanzmärkte strenger geregelt werden.“

„SPÖ Aktuell“: Waren die Entscheidungen des Euro-Gipfels Rettung in letzter Sekunde?

Werner Faymann: Die Ergebnisse des vergangenen Euro-Gipfels beweisen, dass die EU handlungsfähig ist, wenn solidarisches Handeln gefragt ist. Wir haben mit unserer Entscheidung einen Beitrag dazu geleistet, dass die Eurozone stabilisiert werden kann. Es gibt aber keine Garantie, dass die Finanzmärkte nicht wieder verrückt spielen.

Wie kann der Euro gerettet werden?

Faymann: Drei Punkte sind wesentlich: Wir müssen erstens die gewonnene Zeit nutzen, um die Finanzmärkte noch strenger zu regeln, etwa besonders schädliche Spekulationsformen zu verbieten. Zweitens muss die Kultur der Steuereinhebung europaweit

auf ein gleich hohes Niveau gebracht und drittens müssen die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord- und Südeuropa ausgeglichen werden. Das alles geht aber nicht von heute auf morgen.

Die Banken unterstützen Griechenland mit einem Schuldenerlass von 50 Prozent. Haben sich die privaten Investoren damit ausreichend beteiligt?

Faymann: Der Schuldenerlass ist ein wesentlicher Teil des Gesamtpakets. Damit ist die Beteiligung des Finanzsektors für mich aber noch nicht vom Tisch. In der Eurozone soll ab 2014 die Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Dazu gibt es bereits einen konkreten Vorschlag der Europäischen Kommission. Meine Haltung werde ich weiterhin auf allen Ebenen deutlich vertreten. ♦

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

Hingehen und unterschreiben!

Bis zum 10. November läuft noch das von Hannes Androsch initiierte Bildungsvolksbegehren. Es sammelt Unterstützungen für ein besseres Bildungssystem – vom Kindergarten bis zur Uni. Und es wird prominent unterstützt, u.a. auch von Bildungsministerin Claudia Schmied.

ÜBERBLICK

Wie und wo unterschreiben?

Das Bildungsvolksbegehren läuft von 3. bis 10. November. Unterschreiben kann man es am Gemeindeamt und in Wien in allen magistratischen Bezirksämtern, wenn Wien Hauptwohnsitz ist. Lichtbildausweis nicht vergessen!

Wer schon in den letzten Monaten eine schriftliche Unterstützungserklärung abgegeben hat, braucht jetzt nicht mehr unterschreiben. Die schon gesammelten Unterstützungserklärungen werden zum Gesamtergebnis dazugerechnet. (Achtung: Gilt nicht für Online-Unterstützungen!)

Informationen zum Volksbegehren, alle Forderungen und Infos zu häufig gestellten Fragen erhält man bei der Hotline des Volksbegehrens 0800/204 400 oder auf der Webseite www.nichtsitzenbleiben.at.

Öffnungszeiten auch am Wochenende

Die Gemeinde- und Bezirksämter müssen in der Eintragungswoche von 3. bis 10. 11. zumindest von 8 bis 16 Uhr geöffnet sein (an zwei Werktagen zusätzlich bis 20 Uhr), am Wochenende von 8 bis 12 Uhr, in kleinen Gemeinden mindestens zwei Stunden am Wochenende.

Die Öffnungszeiten der Eintragungslokale in Wien:

Donnerstag, 3. 11.: 8 bis 20 Uhr;

Freitag, 4. 11.: 8 bis 18 Uhr;

Samstag, 5. und Sonntag, 6. 11.: 8 bis 13 Uhr;

Montag, 7. bis Mittwoch, 9. 11.: 8 bis 18 Uhr;

Donnerstag, 10. 11.: 8 bis 20 Uhr.

ZUM THEMA

12 Forderungen

Vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung reichen die Forderungen des Volksbegehrens; zu jedem Punkt gibt es eine genaue Erklärung der Ziele, zu finden unter www.nichtsitzenbleiben.at/volksbegehren/forderungen.



Bis zum 10. 11. unterschreiben! Das Bildungsvolksbegehren für die Zukunft unseres Landes.

Aufwertung des Berufs der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, flächendeckende Kinderbetreuungsangebote, individuelle Förderung der Schüler, mehr Ganztagschulen, eine gemeinsame Schule bis 14, mehr Geld für die Unis und vieles mehr. Das Bildungsvolksbegehren macht mit einer langen Liste von Forderungen für ein besseres Bildungssystem mobil. Ziel ist ein „faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das vom Kleinkind an alle Begabungen fördert und Schwächen ausgleicht“.

„Leistungsdifferenzierte gemeinsame Schule“

Ziel sollen autonome Schulen unter Einbeziehung der SchulpartnerInnen, eine leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und ein Angebot von ganztägigen Bildungseinrichtungen, eine Aufwertung des LehrerInnenberufs und die stetige Erhöhung der staatlichen Finanzierung für Universitäten auf 2 Prozent des BIP bis 2020 sein – so die zen-

tralen Forderungen des Volksbegehrens.

Bildungsministerin Claudia Schmied: „Unterschreibe auch“

Fast 52.000 Menschen haben das Volksbegehren schon in den letzten Monaten mit ihrer Unterschrift unterstützt. Damit das Begehren im Parlament behandelt wird, braucht es insgesamt 100.000 Unterschriften. Das Ziel der Initiatoren liegt freilich deutlich höher. Dafür hat man sich prominente Unterstützer geholt, die für die Initiative werben, u.a. die Schauspieler Karlheinz Hackl, Alfons Haider und Cornelius Obonya. Aber auch die Sozialpartner (Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung) und zahlreiche andere Organisationen – von den Kinderfreunden bis zum Pensionistenverband – stellen sich hinter die Anliegen des Volksbegehrens. So auch Bildungsministerin Schmied, die mit ihrer Unterschrift ebenfalls zu einem Erfolg beitragen will: „Das Bildungsvolksbegehren ist in seiner Breite sehr positiv, es hat für viele Projekte, z.B. für die ganztägige Betreuung, Rückenwind gebracht.“ ♦

ARBEITSMARKT

Im Fokus: Frauen und Jugendliche

Österreich hat die Krise im internationalen Vergleich hervorragend bewältigt. Nun setzt Sozialminister Rudolf Hundstorfer weitere Maßnahmen für Jugendbeschäftigung und Frauenförderung.

„Die Wirtschaft braucht gut qualifizierte, motivierte Arbeitskräfte.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Österreich gehört beim Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit zu den besten Ländern Europas. Dieser erfolgreiche Weg wird von Sozialminister Rudolf Hundstorfer konsequent weitergeführt. Ab Herbst wird ein spezieller Schwerpunkt auf die Förderung und die Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen und Frauen gesetzt. Denn für den Sozialminister steht fest: Eine gute Ausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und Österreichs Wirtschaft braucht gut qualifizierte Facharbeiter. Um mehr Jugendlichen zu einem Lehrabschluss zu verhelfen und dadurch mehr qualifizierte Arbeitskräfte für Österreich zu bekommen, wird eine Jugendstiftung eingerichtet und die Lehrlings- und Jugendcoachings ausgeweitet. Diese neuen, von der SPÖ-geführten Regierung gesetzten Schwerpunktmaßnahmen im Bereich des Jugendarbeitsmarktes, sind daher eine Win-Win-Situation für die jugendlichen Arbeitnehmer und die Wirtschaft.

Mache deinen Abschluss!

Hundstorfer setzt bei der Jugend auch weiterhin auf das Motto: „Mache deinen Abschluss, lass es nicht bleiben!“. Das Ziel ist, junge Erwachsene über das Arbeitsmarktservice (AMS) dazu zu animieren, ihre Abschlüsse zu machen bzw. nachzuholen. Mit der „Jugendstiftung NEU“, für die drei Millionen Euro zur Verfügung stehen, werden 1.500 niedrigqualifizierte arbeitslose junge Menschen bedarfsgerecht für einen Arbeitsplatz aus- und weitergebildet. Es wird außerdem gezielte Coachings für Lehrlinge geben, um die Zahl der Lehrabbrecher zu verringern. Im Rahmen dieser Coachings gibt es Beratung und Unterstützung für Lehrlinge und Betriebe. Das bewährte Instrument der überbetrieblichen Lehrausbildung wird auch weitergeführt.



BMASK

Die neuen Schwerpunktmaßnahmen des Sozialministeriums unterstützen speziell Frauen und Jugendliche bei ihrer Aus- und Weiterbildung.

„Die Förderung von Frauen wird auch 2012 ein Schwerpunkt bleiben.“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

Im Rahmen der Ausbildungsgarantie stehen für das Ausbildungsjahr 2011/2012 Plätze für 12.300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Verfügung.

Sieben Millionen zusätzlich für Frauenförderung

Die Bundesregierung stellt in diesem Herbst sieben Millionen Euro zusätzlich für die Frauenförderung am Arbeitsmarkt zur Verfügung. Für Wiedereinsteigerinnen wird es nach der Kinderbetreuung Kursangebote unter dem Motto „Wiedereinstieg mit Zukunft“ geben und auch die Qualifizierung von Frauen für technische und handwerkliche Berufe wird noch stärker forciert. Das Ziel: Eine Steigerung von 20 Prozent. „Gerade ältere Frauen

über 50 Jahre haben es besonders schwer, einen Job zu finden. Hier müssen Qualifizierungen und Integrationsmaßnahmen ausgebaut werden“, betont der Sozialminister.

Gut vorbereitet

„Die Situation am Arbeitsmarkt wird in den Herbstmonaten etwas schwieriger werden. Wir sind darauf aber gut vorbereitet und können zielgerichtet reagieren“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Zusätzlich zum gleichbleibenden AMS-Budget für das Jahr 2012 können dann nochmals 24 Millionen Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik lukriert werden. Zudem steht das Instrument der Kurzarbeit zur Verfügung und die Bildungskarenz kann unbefristet verlängert werden. Auch für SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits steht fest: „Am wichtigsten ist es, dass wir uns jetzt rechtzeitig auf schwierigere wirtschaftliche Zeiten vorbereiten. Denn für einen stabilen Arbeitsmarkt ist es wesentlich, zu agieren, statt zu reagieren.“ ♦

STAATSBESUCH

Faymann will Wirtschaftsbeziehungen zu China ausbauen

Bundeskanzler Werner Faymann empfing das chinesische Staatsoberhaupt Hu Jintao zum Gespräch über den Eurogipfel, grüne Technologien und den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen.

Chinas Staatschef Hu Jintao führte im Rahmen seines zweitägigen Staatsbesuches Gespräche mit den Spitzen der Republik. Er wurde von Bundeskanzler Werner Faymann, Bundespräsident Heinz Fischer sowie Nationalratspräsidentin Barbara Prammer empfangen. Der Bundeskanzler führte mit Hu „in ausgesprochen freundschaftlicher Atmosphäre“ ein Arbeitsgespräch über die wirtschaftliche Entwicklung Europas, an dem hochrangige Delegationen auf österreichischer und chinesischer Seite teilnahmen. „Präsident Hu Jintao hat sich genau darüber erkundigt, wie die jüngsten Beschlüsse beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Eurozone zustande gekommen sind und wie sie aus österreichischer Sicht zu bewerten sind“, sagte der Bundeskanzler, der darauf hinwies, dass „die Länder Europas, wenn es darauf ankommt, durchaus in der Lage



Chinas Staatsoberhaupt Hu Jintao und Bundeskanzler Werner Faymann vor ihrem Gespräch über den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs und Chinas.

sind, gemeinsam zu handeln und Lösungen zu finden“.

Zusammenarbeit bei grünen Technologien

Hu Jintao hofft, dass sich die Handelsvolumina zwischen China und Österreich in den nächsten fünf Jahren verdoppeln – vor allem bei den grünen Technologien, die im Zentrum künftiger Zusammenarbeit stehen sollen. Ein österreichisch-chinesischer Ökologiepark in China ist bereits in Planung. „Ein wichtiges Zukunftsprojekt für erneuerbare Energien“, so Faymann, der in diesem Zusammenhang die strikte Anti-Atomkraft-Politik Österreichs erläuterte. Der Bundeskanzler war bereits im Mai anlässlich des 40. Jahrestages der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Österreich in Peking. ♦

GESUNDHEIT

„Zahnarztassistentenz“ wird zum Beruf

Bisher arbeiteten Zahnarztassistentinnen und -assistenten ohne fixe Berufsausbildung quasi im rechtsfreien Raum. Jetzt wird der Beruf gesetzlich geregelt. Für Gesundheitsminister Alois Stöger ein „Meilenstein“.

Die Tätigkeit der zahnärztlichen Ordinationshilfe wird bisher nicht als Gesundheitsberuf anerkannt. Zahnarthelferinnen und -helfer sind derzeit nur berechtigt, als „Hilfspersonen“ unter ständiger Aufsicht des Zahnarztes tätig zu werden. Selbst dann, wenn entsprechende Ausbildungskurse absolviert wurden. Sie dürfen derzeit nur „nicht-medizinische Tätigkeiten“ wie das Füllen und Entleeren von Spülbechern durchführen.

Die Berufsausbildung der Zahnarztassistentinnen und -assistenten soll mit dem von Gesundheitsminister Alois Stöger vorgelegten Gesetz als duale Ausbildung geregelt werden. 3.000 Stunden Praxis und 600 Stunden Theorie sollen absolviert werden. Es handelt sich dabei jedoch um kei-

ne Lehre. Eine erweiterte Qualifikation in der Prophylaxeassistentenz kann ebenfalls erworben werden.

Lohnniveau der Frauen heben

In diesem Beruf arbeiten überwiegend Frauen. Daher profitieren besonders sie von einer geregelten Ausbildung. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist vom Nutzen dieses Gesetzes überzeugt: „Denn in diesem stark weiblich geprägten Beruf wird mit Sicherheit das Lohnniveau ansteigen.“

Inkrafttreten soll das neue Gesetz mit 1. Jänner 2013. Zuvor müssen noch die entsprechenden Lehrgänge eingerichtet werden. ♦



Das neue Gesetz zur Berufsausbildung der Zahnarztassistenten beseitigt ein seit Jahrzehnten bestehendes Rechtsvakuum und bietet Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Sachbuch

Von guten Banken, ...

... für die der Profit nicht über allem steht, erzählt der Wirtschaftsjournalist Caspar Dohmen in seinem Buch über die GLS – die „Gemeinschaftsbank fürs Leihen und Schenken“.

Die Finanzkrise und die zerstörerische Kraft eines Bankensystems, das sich von der Realwirtschaft abgekoppelt hat, haben dazu geführt, dass es mit dem Ruf der Banken aktuell nicht zum Besten steht. Dass es aber auch andere Formen von Banken gibt, zeigt der Autor an Hand des Beispiels der GLS Bank aus Bochum. Ihre Kunden verzichten auf hohe Rendite, die Bank wiederum investiert das ersparte Geld in soziale und ökologische Projekte. Somit

können die Bank und ihre Kunden mit Geld Umwelt und Gesellschaft gestalten. Bei diesem Buch handelt es sich aber nicht um eine Lobeshymne auf die GLS Bank, sondern um ein Sachbuch, das anhand des Beispiels des weltweit ersten sozial-ökologischen Finanzinstituts zeigt, dass soziale Visionen und Wirtschaftlichkeit nicht im Gegensatz zueinander stehen müssen, sondern sich zum wechselseitigen Vorteil miteinander verbinden lassen. ♦

Karikatur

Jahrbuch

Das Jahrbuch von Gerhard Haderer bietet auch heuer wieder eine bunte Sammlung von Skizzen, Cartoons und Comics.

Haderer dankt in seinem vierten Jahrbuch den Griechen, dem „großartigen Loriot“, allen Dancing Stars, Kabarettisten, Lehrern, Facebook-Freunden und nicht zuletzt den Bananenkrümmungskontrolleuren für die Inspiration zu seinen Cartoons. All diese dankenswerten Ereignisse und Persönlichkeiten sollten, so der Autor, doch dokumentiert werden, und so entstand diese bunt zusammengewürfelte Sammlung von Skizzen, Cartoons und Comics. Gerhard Haderer wurde 1951 in

Leonding geboren, nach der Fachschule für Gebrauchsgrafik war er mehrere Jahre als Werbegrafiker tätig. Seit 1985 erscheinen regelmäßig satirische Zeichnungen in Zeitschriften und Magazinen wie dem „Stern“. Seit 1997 zeichnet und verlegt er sein „Schundheftl WOFF“. Heuer feiert Haderer seinen 60. Geburtstag und hat Ausstellungen in Österreich und Deutschland. Die Leserinnen und Leser dieses Buches erwartet ein Jahresrückblick der Extra-Klasse! ♦

Recht

Verordnete Wahrheit, bestrafte Gesinnung

An zwei Beispielen zeichnet der Journalist Hannes Hofbauer die Debatte um die Definition von Gräueltaten nach und zeigt deutlich, dass die größte Gefahr in ihrer Instrumentalisierbarkeit liegt.

Neue Straftatbestände auf EU-Ebene öffnen der Gesinnungsjustiz Tür und Tor. Die Leugnung von einem gerichtlich als Völkermord deklarierten Ereignis wird strafbar; die Leugnung kommunistischer Verbrechen könnte es demnächst werden.

Beispielhaft schildert Hofbauer anhand der armenischen Frage und ihrer Instrumentalisierbarkeit sowie dem bosnischen

Gründungsmythos, der auf der These eines Völkermordes in Srebrenica beruht, die Gefahren solcher Erinnerungsgesetze. Einblicke in die Auseinandersetzungen um den Holodomor in der Ukraine, die Massaker in Ruanda, Darfur, Palästina und Kambodscha zeigen, welche unterschiedlichen Interessen sich hinter dem Vorwurf des Völkermordes verbergen können. ♦

☐ Stk.


Caspar Dohmen:
Good Bank.
Das Modell der GLS Bank.
Orange-Press, Freiburg 2011;
256 S., 20,60 €

☐ Stk.


Gerhard Haderer:
Jahrbuch.
Ueberreuter-Verlag,
Wien 2011;
96 S., 14,95 €

☐ Stk.


Hannes Hofbauer:
Verordnete Wahrheit,
bestrafte Gesinnung.
Promedia Verlag, Wien 2011;
264 S., 17,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Aufklären und Konsequenzen ziehen

Der U-Ausschuss zu den diversen Korruptionsfällen bietet die einmalige Gelegenheit, das verlorengegangene Vertrauen in die Politik wieder herzustellen.



Ranz

Alles auf den Tisch: Der U-Ausschuss wird nur dann erfolgreich sein, wenn rückhaltlos aufgeklärt wird.

Aufgabe des U-Ausschusses ist es vor allem, festzustellen, ob es in den zu untersuchenden Fällen – von der BUWOG-Privatisierung bis hin zum Blaulichtfunk – auch politische Verantwortlichkeiten gegeben hat bzw. ob es Fehler, Lücken oder Graubereiche im System gibt, die dieses Fehlverhalten ermöglichten oder begünstigten. Eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Aufgabe des U-Ausschusses wird es

daher sein, diese Lücken aufzuspüren und in der Folge zu schließen. Ob und inwieweit das Fehlverhalten einzelner Personen strafrechtliche Konsequenzen hat, werden Gerichte zu entscheiden haben.

Nicht parteipolitisch missbrauchen

Voraussetzung dafür ist, dass rückhaltlos untersucht und aufgeklärt wird, vor

allem aber, dass aus den gewonnenen Erkenntnissen die notwendigen und richtigen Konsequenzen gezogen werden, sagt der Vorsitzende der SPÖ-Fraktion im U-Ausschuss, Justizsprecher Hannes Jarolim. Er verlangt, dass mit Auskunftspersonen respektvoll umgegangen wird und dass alle Fraktionen der Versuchung, diesen U-Ausschuss parteipolitisch zu missbrauchen, widerstehen. ♦

ZUM THEMA

Unser Team im U-Ausschuss



Hannes Jarolim
SPÖ-Justizsprecher,
Fraktionsführer



Günther Kräuter
SPÖ-Bundes-
geschäftsführer



Jan Krainer
SPÖ-Finanzsprecher



Christine Lapp
SPÖ-Rechnungshof-
sprecherin



Johann Maier
SPÖ-Konsumenten-
schutzsprecher

Fotos: Wilke



PENSIONEN

Volle Teuerungsabgeltung!

Mit der Pensionsanpassung von 2,7 Prozent wird die Kaufkraft der Pensionistinnen und Pensionisten erhalten.

Die Pensionistenvertreterinnen und -vertreter haben sie gefordert, die Pensionskommission schlägt sie vor und Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat bereits zugesagt, dass sie budgetär möglich sein wird: die volle Teuerungsabgeltung für Österreichs Pensionistinnen und Pensionisten in Höhe von 2,7 Prozent. „Eines kann aber nicht oft genug festgehalten werden: Bei den 2,7 Prozent mehr handelt es sich um keine Erhöhung, sondern um die Inflationsabgeltung nach gesetzlichen Vorgaben. Und unsere Seniorinnen und Senioren haben ein Recht darauf, dass ihnen die volle Teuerung abgegolten wird“, betont SPÖ-Seniorensprecher Erwin Kaipel, der weiter festhält: „Dieses Geld erhält die Kaufkraft der älteren Generation und fließt direkt in den Konsum.“



SPÖ-Seniorensprecher Erwin Kaipel freut sich darüber, dass die Erhöhung der Pensionen um 2,7 Prozent budgetär möglich sein wird.

Bilderbox

Anerkennung des Anpassungsfaktors durch die Pensionskommission als „ersten Erfolg“. Denn die Wertsicherung der Pensionen ist, so Blecha, „sozial- und wirtschaftspolitisch unerlässlich. Diese Anpassung ist ökonomisch in den derzeit schwierigen Zeiten sogar notwendig, weil die Pensionen direkt in den Konsum fließen, dadurch die Wirtschaft stützen und die Arbeitsplätze der Jungen sichern.“

Wertsicherung der Pensionen ist unerlässlich

Auch Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbands Österreichs (PVÖ) wertet die

Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters

SPÖ-Seniorensprecher Kaipel betont, dass



Österreichs Pensionistinnen und Pensionisten haben ein gesetzliches Recht auf die volle Teuerungsabgeltung.

man – losgelöst von der Pensionsanpassung 2012 – einen besonderen Fokus auf die Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters legen muss: „Dafür braucht es aber auch ausreichend altersadäquate Arbeitsplätze und hier sind Politik und Wirtschaft gefordert.“

KINDER UND JUGENDLICHE Nachbesserungsbedarf bei Generationenscan

Künftig sollen alle Gesetze auf ihre Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche geprüft werden. Der vorliegende Entwurf bedarf jedoch einer Überarbeitung.

Der von Staatssekretär Kurz vorgeschlagene Generationenscan weist erhebliche Schwächen auf. Maßnahmen wie ein Monitoring von Kinderrechten oder eine echte Jugendverträglichkeitsprüfung sind im Entwurf nicht zu finden. „Es geht darum, die Interessen von Kindern und Jugendlichen wahrzunehmen und nicht darum, Generationen gegeneinander auszuspielen“, betont SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger. Um das gewährleisten zu können, sollen auch die Bundesjugendvertretung und die Kinder- und Jugendanwaltschaften in die Ausarbeitung einbezogen werden – damit am Ende ein wirklich ausgegorenes Gesetz im Interesse aller Betroffenen entsteht.



Zinner

SPÖ-Jugendsprecherin Angela Lueger tritt für eine Überarbeitung des Generationenscans unter Einbeziehung aller Betroffenen ein.

VERKEHR Investitionen in die Bahn schaffen Arbeitsplätze

Für SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl ist die Kritik des ÖVP-Abgeordneten Maier an den Kosten der von SPÖ und ÖVP gemeinsam beschlossenen Investitionen in die Bahn nicht nachvollziehbar.

Heinzl entgegnet den Vorwürfen, dass Maier als ehemaliger ÖVP-Verkehrssprecher das engagierte Investitionsprogramm der Bundesregierung, u.a. den Rahmenplan für 2011 bis 2016, im Parlament mitbeschlossen hat. Der SPÖ-Verkehrssprecher stellt auch die Frage, ob Maiers Kritik hinsichtlich des Brenner-Basis-Tunnels oder des Koralmtunnels von seinen Kollegen aus den Landesorganisationen geteilt wird. Heinzl zweifelt das, denn: „Mit diesem Investitionsprogramm der Bundesregierung werden zahlreiche Jobs geschaffen, die gerade in Zeiten wie diesen von großer Bedeutung sind.“



SPÖ

SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl: „Investitionen in die Bahn sind Investitionen in die Zukunft.“

WIEN

Ausbildung statt Ausbeutung!



„Vordringlichste Ziele sind eine bessere Qualität der Lehrausbildung, inklusive Studienzugang mit erfolgreicher Lehrabschlussprüfung, höhere Lehrlingsentschädigungen und Einstiegsgehälter sowie eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden in der Woche“, konkretisiert der Jugendvorsitzende der FSG Wien und Wiener SPÖ-Lehrlingssprecher, Christoph Peschek/DeSt

Aktuell informieren Aktivistinnen und Aktivisten bei über 70 Verteilaktionen vor Wiener Berufsschulen und bei Jugendversammlungen in Wiener Betrieben Lehrlinge über ihre Forderungen.



Mit der unmissverständlichen Ansage „Ausbildung statt Ausbeutung“ haben die FSG Jugend und die Wiener SPÖ-Jugendkoordination („Ich bin Wien“) eine gemeinsame Kampagne gestartet.

Forderung nach Berufsausbildungsfonds

Weiters fordert er einen „Berufsausbildungsfonds mit spürbaren Beiträgen von ausbildungsfaulen Betrieben“. Denn bei

einem Langzeitvergleich der Lehrstellen in der Privatwirtschaft sprechen die Zahlen eine klare Sprache: Wurden 1980 noch 31.080 Lehrlinge ausgebildet, so waren es 2010 nur mehr 13.693. Peschek: „Hier muss schleunigst gehandelt und gegensteuert werden!“

Unterstützung für Bildungsvolksbegehren

„Besonderes Augenmerk widmen wir außerdem dem Bildungsvolksbegehren von Hannes Androsch“, geht der Jugendkoordinator der SPÖ Wien, Bernhard Häupl auf einen weiteren Schwerpunkt der Aktionswochen ein. „Leider haben wir immer noch ein sozial selektives, ungerechtes Bildungssystem. Wir wollen echte Chancengerechtigkeit. Dazu braucht es das internationale Erfolgsmodell der gemeinsamen, ganztägigen Schule“, stellt Häupl dazu klar. ♦

TIROL

Neue innovative Ideen für den Wohnbau



Mit einem Wohnbau-Symposium will LH-Stv. Hannes Gschwendner über den Tellerrand des Ge- wohnten hinaus denken.

Zum dritten Mal lädt Wohnbaureferent Gschwendner am 9. und 10. November zu dieser hochkarätigen Wohnbau-Vortragsreihe, um über das „Wohnen von morgen“ zu diskutieren. „Ziel ist es, Impulse für den geförderten Wohnbau zu setzen“, gibt Gschwendner die Marschrichtung vor. Die Themengebiete reichen von den vielfältigen Rahmenbedingungen, die den Wohnbau beeinflussen, über Energieeffizienz bis zu Best-Practice-Modellen sowie die Rolle von Architekten und Bauträgern. Gemeinsam mit allen Beteiligten – Bauherren, Planern und Wissenschaft – sollen im Rahmen des Symposiums Wege aufgezeigt werden, das Förder- system in Tirol mit neuen, innovativen Ideen zu nutzen. ♦



SPÖ Tirol

LH-Stv. Hannes Gschwendner und Architekt Arno Ritter: Jahr für Jahr kommen mehr Interessierte zum Wohnbau-Symposium.

OBERÖSTERREICH

Ein „intellektuelles Fest“ für den Landesrat



Statt mit einem rauschenden Fest beging Landesrat Hermann Kepplinger seinen 60. Geburtstag mit einem wissenschaftlichen Symposium.

Im Zentrum des „intellektuellen Geburtstags- fests“, wie es Laudator, Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny ausdrückte, stand die Frage „Wie kommt der öffent- liche Sektor wieder in die Offensive?“ Nowotny stellte klar, dass „ein leistungsfähiger Staat ein ausgeprägtes sozial- staatliches Prinzip einhalten muss. Es braucht eine Balan- ce privater und öffentlicher Leistungen.“ Grußworte der Lan- despartei überbrachte LH-Stv. Josef Ackerl. Er würdigte Kep- plingers politischen Lebensweg als den eines Menschen, „der mit enormer Wertschätzung für sozialdemokratische Grund- werte seine Arbeit leistet und auf den man sich absolut ver- lassen kann“. ♦



SPÖ OÖ

Nationalbank- Gouverneur Ewald Nowotny, Ehefrau und Historikerin Brigitte Kepplinger und LH-Stv. Josef Ackerl gratulierten dem Jubilar. (v.l.n.r.)

FREIHEITSKÄMPFER

Niemals Vergessen!



Jährlich findet am 1. November ein Gedenkmarsch zur Erinnerung an die Opfer des Austro- und NS-Faschismus statt – dieses

Jahr hielt Staatssekretär Josef Ostermayer die Gedenkrede.

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en sowie Organisationen der Wiener SPÖ versammelten sich auch heuer am Denkmal der Stadt Wien für die Opfer des Faschismus von 1934-45 und besuchten die Gräber von Rosa Jochmann, Bruno Kreisky und Anton Benya am Wiener Zentralfriedhof. „Niemals vergessen!“ ist eine Mahnung, die wir heute und für immer lebendig hochhalten müssen“, betonte Ostermayer vor den zahlreichen Anwesenden. Unter ihnen waren viele junge Menschen, die



Der Wiener Landespartei-
sekretär Deutsch,
die stv. Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Slabina, Staatssekretär Ostermayer und der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Nedwed gedenken der Opfer des Faschismus.

dafür Sorge tragen, dass die Erinnerung an die Opfer und die verübten Verbrechen wachgehalten wird. Denn ein Grundsatz gilt seit jeher: Wer sich der Geschichte nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.

Die Jugendorganisationen der SPÖ begleiten den Gedenkmarsch am Wiener Zentralfriedhof.



Fotos: Freiheitskämpfer

KÄRNTEN

Start für „Frauen.Zukunft.Kärnten“



Die neue Initiative von Frauenlandesrätin Beate Prettnner hat zum Ziel, die Lebenssituation der Familien und vor allem auch der Frauen in Kärnten zu verbessern.

Die Initiative ist als Diskussionsreihe in allen Kärntner Bezirken angelegt. Den Themen sind dabei keine Grenzen gesetzt: Arbeitsmarkt, Kinderbetreuung oder Weiterbildung. „Die Kärntnerinnen und Kärntner sind dazu eingeladen, uns ihre Sicht der Dinge zu schildern“, lädt Prettnner alle Kärntnerinnen und Kärntner zur Teilnahme ein. Mitmachen kann man auch auf Facebook in der Gruppe „Frauen.Zukunft.Kärnten“. Die Ergebnisse werden in einem Maßnahmenkatalog festgeschrieben und sollen in das Regierungsprogramm 2014 aufgenommen werden. Die Initiative läuft noch bis Mai. Nähere Infos und alle Termine unter www.kaernten.spoe.at oder 0800 20 33 88.



SPÖ Ktn

Landesrätin Beate Prettnner, Gemeindevorstand-präsident Ferdinand Vouk, Frauenbeauftragte Helga Graftschauer beim Start der Initiative in Friesach.

SALZBURG

Sieben Millionen Euro für den Arbeitsmarkt



Die Salzburger Landesregierung setzt ihren erfolgreichen Weg im Bereich der Arbeitsmarktpolitik fort.

Für 2012 stehen 6,8 Millionen Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung, 1,2 Millionen Euro werden für den Bereich der Jugendbeschäftigung aufgebracht. „Insgesamt kann sich das Land Salzburg im Vergleich mit den anderen sehen lassen. Die zweitniedrigste Arbeitslosenrate insgesamt, die niedrigste Jugendarbeitslosenrate und ein weiterhin spürbares Beschäftigungswachstum haben uns in eine sehr gute Position gebracht, die es auch bei zukünftig schwierigeren Rahmenbedingungen zu verteidigen gilt“, betont Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. Zu den schwierigen Rahmenbedingungen zählt die für 2012 prognostizierte Unter-



brechung des Konjunkturaufschwungs in ganz Europa.

LH Burgstaller: „Salzburgs gute Position soll auch unter schwierigeren Rahmenbedingungen verteidigt werden.“



SPÖ-Klub

Tunesien nach der Wahl

Die ersten freien und demokratischen Wahlen am 23. Oktober 2011 sind ein wichtiger Schritt Tunesiens hin zu einer demokratischen Gesellschaft gewesen. Damit besitzt die Wahl auch eine nicht zu unterschätzende Signalwirkung für die Demokratiebewegungen in den übrigen arabischen Staaten.

„Besonders beeindruckend war die große Freude und Begeisterung der Tunesierinnen und Tunesier darüber, zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Geschicke des Landes selbst bestimmen zu können.“

Im Rahmen einer OSZE-Delegation hatte ich Ende Oktober als einzige offizielle österreichische Beobachterin die einmalige Gelegenheit, die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung in Tunesien zu verfolgen und wichtige Eindrücke über die gesellschaftliche Grundstimmung in diesem Land zu sammeln. Bei meinen Besuchen verschiedener Wahllokale in der ländlichen Umgebung von Sousse hat mich besonders die große Freude und Begeisterung der Tunesierinnen und Tunesier beeindruckt, zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Geschicke des Landes selbst bestimmen zu können. Die Wahl selbst, aber auch die Wahlvorbereitungen und die Wahlkampfphase sind von den tunesischen Behörden und den vielen freiwilligen Helfern rechtmäßig und einwandfrei demokratisch durchgeführt und organisiert worden. Das ist für die erste demokratische Wahl eine großartige Leistung. Sie zeigt den Willen und die Motivation der Menschen in Tunesien, sich ihre eigene Demokratie aufzubauen. Einen besonders ermutigenden Eindruck haben auf mich auch die vielen selbstbewussten und gesellschaftlich engagierten Frauen gemacht, die ich auf meiner Fahrt getroffen habe.



Muttonen

Tunesische Frauen drängen in ein Wahllokal – sie nutzen ihr neues Recht zu wählen.

Ich würde daher die Chancen für eine langfristige demokratische Entwicklung in Tunesien zunächst positiv bewerten. Auch wenn jetzt aufgrund des deutlichen Wahlsiegs der gemäßigt-islamisch auftretenden Ennahda-Partei viele in Europa Skepsis anmelden – die demokratisch getroffene Entscheidung der tunesischen Bevölkerung ist zu respektieren.

Der Vorsitzende der Ennahda-Partei, Ghannouchi, hat sich jedoch wiederholt zu Demokratie und Frauenrechten bekannt und angekündigt, auf Dialog und Konsens mit den beiden progressiven Parteien, dem „Kongress für die Republik“ und den tunesischen Sozialdemokraten, zu setzen. Diesem Versprechen gilt es nun, eine faire Chance zu geben. Für die EU und Österreich, die beide ein großes Interesse an einer Demokratisierung und Stabilisierung der nordafrikanischen Mittel-

meerländer haben, ist die erfolgreiche demokratische Entwicklung der tunesischen Gesellschaft von besonders hohem Wert. Damit die Demokratie langfristig in Tunesien Fuß fassen kann, ist es wichtig, dass sich die wirtschaftliche Perspektive für die Menschen verbessert und dass der Staat stabile und rechtsstaatliche Strukturen entwickelt. Hier sollten Österreich und die EU, wenn Tunesien dies wünscht, einen großen und sinnvollen Beitrag leisten. Dabei ist es wichtig, dass der Grad der Zusammenarbeit und auch der wirtschaftlichen Unterstützung streng von der weiteren Einhaltung demokratischer Spielregeln abhängig gemacht wird. ♦

Christine Muttonen ist seit 2009 Sprecherin für EU- und Außenpolitik im SPÖ-Parlamentsklub.

Die Initiative „Österreich 2020“ beschäftigt sich auch mit europäischen und internationalen Fragen. Andreas Schieder leitet die Diskussionsgruppe, die sich Internationalen und Fragen der Verteilungsgerechtigkeit widmet. Die Finanztransaktionssteuer

ist eines der Projekte, das dort verfolgt wird. Sie wurde vor kurzem auch von der EU-Kommission in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen. Die Berücksichtigung der EU-Ebene wurde in der Kombination der Themen Verteilungsgerechtigkeit, Europa und

Internationales in einer gemeinsamen Diskussionsgruppe bei Österreich 2020 von Beginn an mitgedacht. Auf www.oe2020.at ist ein aktueller Beitrag von Andreas Schieder zu einem Fünf-Punkte-Programm für mehr Gerechtigkeit nachzulesen. ♦

TERMINKALENDER

Donnerstag, 10. 11.

Theater: „Die Geschichte vom Herrn Rat“

In Erinnerung an die Reichspogromnacht, in der vom 9. auf den 10. November 1938 auch im Bezirk Mödling vom nationalsozialistischen Regime organisierte Gewaltmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung durchgeführt wurden, lädt die SPÖ Mödling zu einem Theaterabend nach Hennersdorf ein. „Die Geschichte vom Herrn Rat“ erzählt das Leben einer jüdischen Familie und deren Mitmenschen nach einer wahren Begebenheit. In Erzählpassagen beschreibt Autor Paul Schrag das Leben der Familie Rat an drei jeweils zehn Jahre auseinander liegenden Weihnachtsfesten. Ist die Stimmung 1922 geprägt von Melancholie und Sorge um die Zukunft, so ist sie 1932 bereits voller Furcht. Man will Herrn Rat zwingen, bei einem Prozess Unrecht zu sprechen, um einen Juden zu denunzieren. 1942 schließlich herrscht die nackte Angst. Den Rats, die sich nicht einschüchtern ließen und wider Erwarten jahrelang unbehelligt blieben, droht schließlich doch die Deportation.

Beginn: 19.30 Uhr

9er-Haus Hennersdorf
Achauer Straße 2,
2332 Hennersdorf bei Wien

Freitag, 11. 11.

Podiumsdiskussion: „Roma – eine europäische Minderheit“

Die Diskussionsveranstaltung findet im Rahmen der von SPÖ-EU-Abgeordneten

Hannes Swoboda initiierten Reihe „futurezone europa“ statt. Mit diesem Projekt will Swoboda anhand von vier Podiumsdiskussionen Anregungen für ein sozialeres und gerechteres Europa schaffen. Die nunmehr dritte Veranstaltung beschäftigt sich mit der größten in Europa lebenden ethnischen Minderheit, den Roma. Durch die Osterweiterung der Europäischen Union wurden rund acht Millionen Roma EU-Bürger. Über deren Situation wird mit Tina Bertotti, Obfrau des Vinzi Shop Wien und Roma-Aktivistin, Rudolf Sarközi, Obmann des Kulturvereins Österreichischer Roma und Hannes Swoboda diskutiert. Im Rahmen der Veranstaltung „Roma – Eine europäische Minderheit“, in Kooperation mit Direkthilfe:Roma, findet auch eine Vernissage zur Fotoausstellung mit Roma-Fotos von Nicolas Bertotti und Hannes Swoboda statt. Musikalisch untermalt wird der Abend durch Harri Stojka und das Gipsy Swing Ensemble.

Beginn: 19.00 Uhr

Brunnenpassage, Yppenplatz
Brunnengasse 71, 1160 Wien

Sonntag, 13. 11.

Sonntagsmatinee: „Robert Menasse im Gespräch mit Hannes Swoboda“

Das Sonntagsgespräch über die Zukunft Europas findet in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik (ÖKUPO) statt. Robert Menasse und Hannes Swoboda werden über Themen wie Religion, Globalisierung, Kunst, Kultur, Visionen, Erwartungen und Alltägliches sprechen. Die Veranstaltung ist der vierte und



In einer Sonntagsmatinee wird Hannes Swoboda über die Zukunft Europas sprechen.

letzte Teil der von Swoboda initiierten Diskussionsreihe „futurezone europa“. Begrüßende Worte werden von Hilde Hawlicek (ÖKUPO) gesprochen und die Veranstaltung wird von Andrea Schurian, Kulturressortleiterin beim „Standard“, moderiert.

Beginn: 11.00 Uhr

Kunsthalle, Project Space Karlsplatz
Treitlstraße 2, 1040 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,
Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber,
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann,
Coverfoto: HBF/Wenzel
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: a-Print, Klagenfurt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.facebook.com/bundestkanzlerfaymann

Großer Andrang beim Kanzler 2.0

Das Echo auf die Web 2.0-Offensive von Bundeskanzler Werner Faymann ist enorm. Allein innerhalb der ersten fünf Tage wurden 195.000 Facebook-Beiträge aus dem Bundeskanzleramt gelesen, etwa 3.500 Österreicherinnen und Österreicher haben sich bereits zu Fans der Seite erklärt. Besonders erfreulich ist es allerdings, dass die Seite mehr als 3.000 Feedbacks erhielt – ein Zeichen dafür, dass das Kommunikations-

angebot Werner Faymanns von der Bevölkerung gern angenommen wird. Neben den vielen „Gefällt mir“-Klicks kamen vor allem hunderte schriftliche Beiträge zustande, Fragen und Anregungen und natürlich auch Beschwerden aus allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Vorbeischaun lohnt sich, als Zuckerl gibt es die Kanzler 2.0-App für das Handy! ♦





Ferner Osten

Gemeinsam mit Vertretern heimischer Unternehmen bereiste Technologieministerin Doris Bures China. Dort herrscht dringender Bedarf an grünen Technologien. Österreichische Unternehmen haben dafür das Know-how – eine große Chance zur Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation.



Offene Türen

Tausende Besucherinnen und Besucher nützten jüngst die Gelegenheit, sich beim Tag der offenen Tür einen Einblick ins Bundeskanzleramt zu verschaffen. Highlight war auch dieses Jahr die Möglichkeit, Bundeskanzler Werner Faymann persönlich zu treffen und mit ihm über eigene Anliegen zu sprechen.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Medienstaatssekretär Josef Ostermayer standen mit Rat und Tat zum Thema E-Government zur Seite, halfen beim Aktivieren der Handy-Signatur, erläuterten die Möglichkeiten des elektronischen Amtshelfers www.HELP.gv.at und präsentierten den neuen Gehaltsrechner unter www.gehaltsrechner.gv.at.



Wichtige Kontrolle

2011 feiert der Rechnungshof sein 250-Jahr-Jubiläum. Aus diesem Anlass gab es im historischen Sitzungssaal des Parlaments einen Festakt, dem die höchsten Repräsentanten Österreichs beiwohnten: Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

